

Zweites Gorleben

Die Schweiz, die bereits vier Kernkraftwerke in die Nähe der deutschen Grenze gesetzt hat, plant nun auch noch ein Atommüll-Endlager am Rhein.

Von uns redet niemand, dabei haben wir die höchste Strahlengefährdung im Bundesgebiet“, klagt der Elektrotechniker Leopold Keller aus dem Kurort Höchenschwand im südbadischen Schwarzwald.

Keller ist Sprecher des „Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) am Hochrhein, sein Beobachtungsgebiet, vor allem die Landkreise Lörrach und Waldshut, liegt an der deutsch-schweizerischen Grenze. Und dort, so prophezeit Keller, „entwickelt sich ein zweites Gorleben, und das kann schlimm werden“.

Das Übel von morgen droht jenseits der Grenze, in der Schweiz. In diesem Sommer beginnt die schweizerische „Nagra“ („Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle“), die von den Elektrizitätswerken und der Eidgenossenschaft, dem Bundesstaat, getragen wird, mit Probebohrungen in der Nordschweiz, um in Granit und Gneis eine Endlagerstätte für den Atommüll der helvetischen Kernkraftwerke vorzubereiten.

Elf Bohrstellen, bis zu 2500 Meter tief, hat der Bundesrat in Bern im Februar dieses Jahres der Nagra genehmigt. Die meisten Sondier-Orte für das Atommüllgrab sind nur wenige Kilometer Luftlinie von der deutschen Grenze entfernt.

Die Gemeinde Kaisten beispielsweise, wo die Nagra zuerst das Bohrgerät ansetzen will, liegt dicht am Grenzstrom Rhein. Und auch von Leuggern und Böttstein, Hornussen und Sibingen bei Schaffhausen sind es nur fünf bis sechs Kilometer bis zu deutschem Hoheitsgebiet. Etliche baden-württembergische Kommunen, durchweg im Erholungsgebiet, sind viel näher an den schweizerischen Planungspunkten als die Wohnorte jener Niedersachsen, die sich von Gorleben beeinträchtigt fühlen.

Ohnehin hat die Schweiz ihre Atomkraft im Norden des Landes konzentriert – in Gebieten entlang der Aare, die zwar relativ dünn besiedelt und als Urlaubszonen ohne Belang sind, allerdings in der Nähe der deutschen Nachbarn liegen.

Zwei der vier bis jetzt produzierenden Schweizer Kernkraftwerke, Beznau I und II, wurden in nur acht Kilometer Distanz zu Rhein und deutscher Grenze gebaut, ein drittes, Gösgen-Däniken, in rund zwanzig Kilometer Abstand; das vierte, Mühleberg, ist weiter weg.

Nächstes Jahr nimmt im schweizerischen Leibstadt, nahe Waldshut und der

deutschen Grenze, abermals ein Kernkraftwerk den Betrieb auf. Das sechste ist in Kaiseraugst geplant, im Städtedreieck zwischen Lörrach, Basel und dem südbadischen Rheinfeldern.

Gerade im Raum Rheinfeldern aber ist die Bevölkerung schon jetzt besonders allergisch gegen Umweltbeeinträchtigungen: Die Dynamit Nobel AG produziert dort das hochgiftige PCP (Pentachlorphenol), ein Imprägniermittel gegen Holzschädlinge; Untersuchungen zufolge haben sich Rückstände auf Salat und Gemüse niedergeschlagen.

Zur Abwehr einer nach dem Beispiel schwerer Chemieunfälle wie etwa in Seveso befürchteten „Rheinfeldener Krankheit“ wird jetzt das Trinkwasser untersucht. Amtliche Produktionskon-

trollen und Emissionsmessungen sind vorgesehen.

Längst ist auch die Bevölkerung im deutschen Süden, zwischen Lörrach und Waldshut, „so sensibilisiert, daß da jetzt irgendwann etwas platzt“ (Keller). Denn die Landschaft am Hochrhein ist, von der westdeutschen Öffentlichkeit bislang kaum beachtet, aufgrund diverser Faktoren Umweltbelastungen ausgesetzt wie kaum eine andere Gegend in der Bundesrepublik.

Nicht weit vom Hochrhein entfernt, im Schwarzwaldort Menzenschwand, wo vor 22 Jahren Uran entdeckt wurde, soll nach langjährigen Probeschürfungen bald mit dem Abbau begonnen werden. In 180 Metern Tiefe lagern rund 1500 Tonnen Uranerz, bei 400 Metern rechnet die „Gewerkschaft Brunhilde“, die im Besitz der Schürfkonzession ist, mit schätzungsweise 5000 Tonnen (SPIEGEL 49/1981).

Das bedeutet, daß in einem vielbesuchten Erholungsgebiet im Hochschwarzwald, um St. Blasien und Schluchsee, reger Lastwagenverkehr einsetzen und „reichlich Radioaktivität“ (Keller) freigelegt wird. Der BUND und andere Umweltschutz-Organisationen drohen schon mit Aktionen, besorgt fragte die Hamburger „Zeit“, ob im Süden ein „neuer Kriegsschauplatz“ drohe.

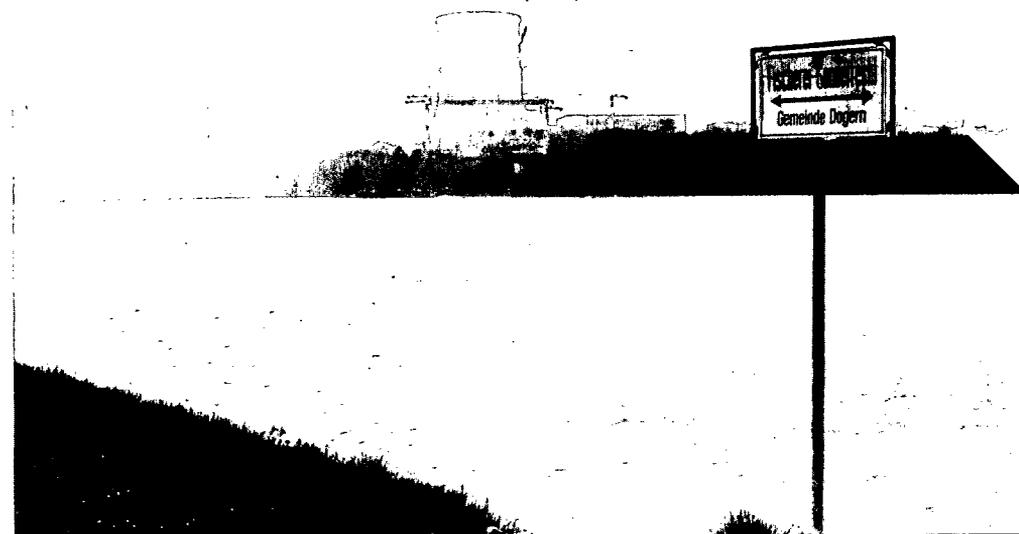
Schon vor zwei Jahren hatte sich der Waldshuter CDU-Landrat Bernhard Wütz an die Schweiz gewandt und dagegen protestiert, daß die Eidgenossen „einfach alles an die Grenze setzen“. Der Kreistag von Waldshut verabschiedete einstimmig einen Beschluß, in dem Besorgnis wegen der geplanten Nagra-Bohrungen artikuliert wird – doch die Resolution verhallte unbeachtet in Bern, Bonn und Stuttgart.

Sorge um gutnachbarliche Beziehungen wie auch politisches Kalkül haben die baden-württembergische Landesregierung bis jetzt zu Zurückhaltung bewogen, der sich auch die regionale Presse

Die radioaktiven Abfälle müssen beseitigt werden



Schweizer Kernkraft-Werbung
Mit Comics für Endlagerung



Schweizer Kernkraftwerk Leibstadt: „Einfach alles an die Grenze“

befleißigt. CDU-Landtagsabgeordneter des Kreises Waldshut ist der Stuttgarter Wirtschaftsminister Rudolf Eberle, für Keller ein „Schönschwätzer“, gewiß aber ein Anhänger der Kernenergie, der sich bereits um die Planung von Wyhl und die Genehmigung für das Kernkraftwerk Neckarwestheim II verdient gemacht hat.

Auch der sozialdemokratische Repräsentant der Hoahrhein-Region, der Notar Kurt Bantle, hält nichts vom Protestieren: „Es ist wichtig, daß wir den Fuß in der Türe behalten und laufend informiert werden“, sagt er. „wenngleich wir nur begrenzten Einfluß auf die schweizerischen Stellen haben“ – genauer gesagt: gar keinen.

Das schwäbische Schweigen ist um so erstaunlicher, als die Schweiz auch bei anderen Projekten offenbar keinerlei Rücksicht auf deutsche Belange und Bedenken zu nehmen bereit ist.

Im Calanda-Felsmassiv bei Chur etwa, hoch überm Rhein, will die Berner Regierung in den nackten Felskavernen eines Erdbebengebiets das mit 400 Millionen Litern größte Ölvorratslager Europas anlegen lassen – ungeachtet schwerwiegender wissenschaftlicher Einwände wegen der Grundwassergefährdung des Rheins und damit des Bodensees, des wichtigsten Trinkwasser-Reservoirs für 3,5 Millionen Bürger von rund 200 Städten und Gemeinden im Südwesten der Bundesrepublik.

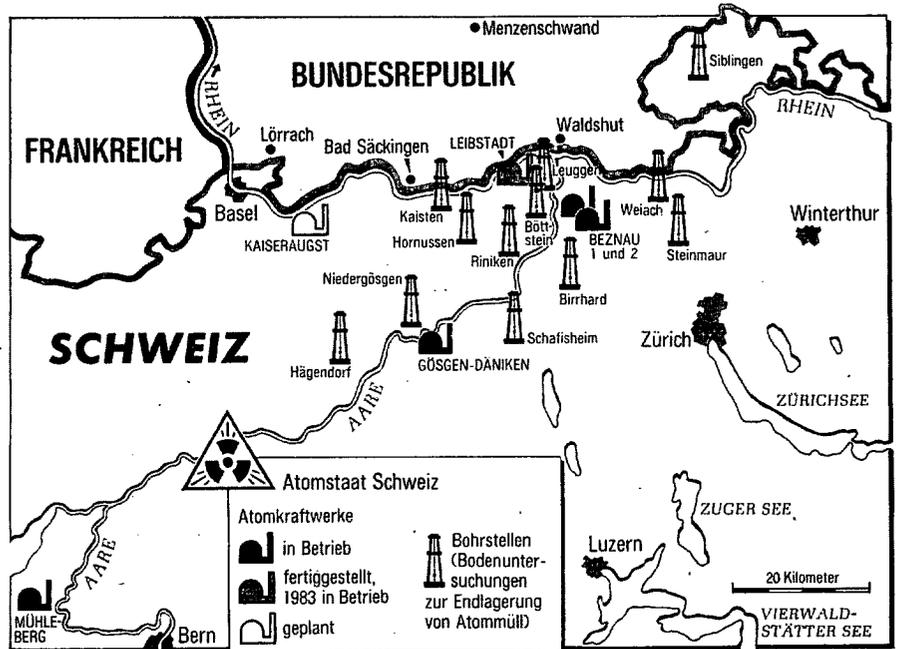
Auf deutschen Unmut reagierte der Regierungspräsident des Kantons Graubünden mit der Feststellung, die Eidgenossen gingen „nach eigenem Recht“ und „eigenen Interessen“ vor (SPIEGEL 38/1981).

Im Rhein zwischen Chur und Bodensee plant die Schweiz auch noch 16 Flußkraftwerke mit fünf Staustufen. Eine Anfang dieses Monats gegründete deutsch-schweizerische „Vereinigung zum Schutz des Rheins“ (VSR) befürchtet Grundwasser-Verschmutzung und Veränderung der Wasserqualität durch Stillstand des Fließwassers.

Der Friedrichshafener SPD-Landtagsabgeordnete Hermann Precht, VSR-Gründungsmitglied, sieht in dem Projekt eine „zusätzliche Gefährdung des größten deutschen Trinkwasser-Speichers“.

Die Schweizer reagieren auf westdeutsche Einwände allenfalls mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit. Seit Monaten schon nervt die Nagra die Rhein-Anrainer mit Postwurfsendungen, etwa einem monatlichen Informationsdienst „Nagra aktuell“ und bunten Faltschriften, in denen die Endlagerung atomarer Rückstände in der Art von Comic strips begründet und erklärt, vor allem aber verniedlicht wird.

Nagra-Wortlaut, in dicken Faltschrift-Lettern: „Die radioaktiven Abfälle müssen beseitigt werden – damit die Nachkommen eine Sorge weniger haben.“



Erläuterung für Laien-Leser: „Natürliche radioaktive Stoffe sind in unserer Umwelt seit Jahrtausenden vorhanden. Ihre Strahlung wirkt grundsätzlich gleich wie diejenige, welche die radioaktiven Abfälle abgeben.“ BUND-Sprecher Keller: „Hätten Sie's gewußt?“

Ende 1981 hat sich gegen die Nagra-Pläne eine „Interessengemeinschaft Pro Fricktal“ formiert, benannt nach der Umgebung der Bohrgemeinden Kaisten und Hornussen. Die Bürgerinitiative versucht nun, mit einer eigenen Kampfbroschüre den Widerstand diesseits und jenseits der deutsch-schweizerischen Grenze anzuheizen.

Kern der Protestschrift ist ein „Aufruf an die Verantwortlichen und an die Öffentlichkeit“, angesichts des noch ungeklärten Atommüll-Problems und fehlender Garantie für eine sichere Beseitigung „endlich eine offene und ehrliche Information“ zu betreiben und dafür zu sorgen, daß die Nagra „nicht weiter pfeuschen, unsachgemäß und tendenziös informieren darf“.

Der BUND hat inzwischen ein eigenes Meßnetz zur Erfassung von Radioaktivität entlang des Hochrheins eingerichtet, vor allem in der Nähe der Einmündung der Aare in den Rhein bei Waldshut. „Wir haben“, erklärt Keller, „erhebliche radioaktive Verseuchungen festgestellt, die Aare hat doch fünf Reaktoren im Wasser.“

Ein Nahziel sehen Umweltschützer beiderseits des Rheins – der vom Calanda-Massiv durch den Bodensee nach Südbaden fließt – vor allem darin, Kommunen und Umweltschutz-Organisationen zur Kooperation zu bewegen. Bisher mühen sich, wie die Grünen in Waldshut zugeben, vor allem „Einzelkämpfer ohne Sprachrohr“ ab.

Verstärken wollen die Umweltschützer beispielsweise ihre Kontakte zur

Kurstadt Bad Säckingen. Die Kommune bangt um ihre bei Rheuma- und Gefäß-erkrankungen heilkräftige Marienquelle, die aus Schweizer Boden gespeist wird.

Bedenken der Säckinger wurden von der Regierung in Bern bisher abgeschmettert: Nachdem Säckingen formell Einspruch gegen die Probebohrungen der Nagra erhoben hatte, gestanden die Schweizer den deutschen Nachbarn zwar „eigenes und unmittelbares Interesse bezüglich jener Bohrungen“ zu, Rücksichtnahme jedoch schlossen sie aus.

Säckingens Bürgermeister Günter Nuffer hat seinen Stadtrat kürzlich über den schriftlichen Bescheid aus Bern informiert: Auswirkungen der Nagra-Aktivitäten auf die Säckinger Thermalquelle seien zwar unwahrscheinlich, „sie können jedoch nicht ausgeschlossen werden“ – Grüezi.

ARBEITSRECHT

Allahs Gebote

Darf ein Arbeiter gefeuert werden, wenn er sich weigert, Werbeprospekte für Literatur zu drucken, die Krieg und Nazizeit verherrlicht?

Als Dieter Schlichting, 29 und Drucker bei der Firma „Nord-Offset Sonntag & Wachholtz KG“ in Ellerbek bei Hamburg, sah, was seine Vierfarb-Druckmaschine auswarf, stellte er das Gerät kurzerhand ab. Dann beschwerte er sich bei der Geschäftsleitung.

Die „Tendenz des Produkts“, monierte der Drucker, sei „mit dem Grundgesetz nicht vereinbar“. Der anzufertigende Hochglanzprospekt leiste einen Beitrag „zur Verherrlichung des Krieges“ – und dafür Hand anzulegen, sei ihm als